

045

Mai 2014

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

#MOVEIT am 5. Juni:

Aktionstag für bessere Weiterbildung

Zwei Bundesländer, 9 Städte, zig Aktionen, Tausende Aktive, ein Termin – und ein klares Ziel: Bessere Weiterbildung. Für Alle. Am 5. Juni ruft die IG Metall Jugend in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen unter dem Motto MOVE IT zu einem großen Aktionstag für bessere Weiterbildung auf. Das Thema ist spätestens seit dem Revolutionären Bildungskongress Ende März in Stuttgart ganz oben auf der Agenda der Jungen Generation. Darum fordert die Gewerkschaft mehr Zeit und Geld für Weiterbildung, bessere Berufsschulen, mehr Qualität an Hochschulen und Universitäten, ein Bildungszeitgesetz in Baden-Württemberg und Bildungsurlaub für Azubis in NRW. In Aalen, Esslingen, Friedrichshafen und Mannheim sowie in Köln, Siegen, Duisburg, Bielefeld und Münster werden die zentralen Aktionen stattfinden, es ist jedoch davon auszugehen, dass es darüber hinaus noch Aktionen in weiteren Städten geben wird. Unter dem Hashtag #MOVEIT lassen sich alle wichtigen Infos in den sozialen Netzwerken auf einfache Weise finden. → [Weiter...](#)

Europawahl 2014:

Rechtsruck in Europa

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai haben in vielen Ländern Europas für einen deutlichen Rechtsruck gesorgt, allen voran Frankreich und Großbritannien, wo mit Front National und UK Independence Party (UKIP) radikale Rechte jeweils stärkste Kraft wurden. Auch in Deutschland ist der euroskeptischen und islamfeindlichen "Alternative für Deutschland" (AfD) der Einzugs ins Straßburger Parla-

ment gelungen, Polen, Ungarn, Finnland und Österreich meldeten ebenso deutliche Zuwächse für die Rechtspopulisten. Lediglich Italien sorgte mit deutlichen Verlusten für die "Fünf-Sterne-Bewegung" von Beppe Grillo für eine angenehme Überraschung. In Griechenland, am schlimmsten von der Euro-Krise betroffen, wurde die Linksallianz Syriza mit 26,4 Prozent stärkste Kraft vor der konservativen Nea Dimokratia von Regierungschef Samaras. Die Wahlbeteiligung war mit 43,1 Prozent geringfügig höher als 2009. Rund 400 Millionen Europäer waren zur Wahl von 751 Abgeordneten aufgerufen. → [Weiter...](#)

20. DGB-Bundeskongress:

"Weniger Marktgläubigkeit" gefordert

Auf dem 20. Bundeskongress des DGB haben die rund 400 Delegierten der acht Mitgliedsgewerkschaften mit Reiner Hoffmann einen neuen Vorsitzenden gewählt – und über eine Vielzahl von Anträgen beraten und abgestimmt, die die Politik des DGB in den kommenden vier Jahren prägen werden. Wichtige Themen auf dem 20. "Parlament der Arbeit", wie die Veranstaltung auch genannt wird, waren Rentenpolitik, Gute Arbeit und eine mögliche Rückkehr zur Tarifeinheit, zudem standen aktuelle Themen wie der Mindestlohn oder die Entwicklung der EU kurz vor den Europawahlen am 25. Mai auf der Agenda. Der neue Vorsitzende des DGB, der mit großer Mehrheit als Nachfolger von Michael Sommer gewählt wurde, forderte in seiner Antrittsrede einen Paradigmenwechsel in der Politik: "Weniger Marktgläubigkeit, mehr Steuergerechtigkeit." → [Weiter...](#)

"Montagsdemos":

Rechte Spinner mit Alu-Hüten

Die Medien in Deutschland seien fremdgesteuert, die Nato bereite einen Krieg gegen Russland vor, das deutsche

045

Info-Teaser für Aktive



Reich stehe vor seiner Wiedergeburt – und hinter all dem stecke eine Art jüdisch-amerikanischer Verschwörung: Die Weltsicht, die auf den so genannten Montagsdemos präsentiert wird, ist mehr als wirr – und darüber hinaus angereichert mit antisemitischen, demokratiefeindlichen und faschistischen Motiven. Mehr als wirr erscheinen auch die Köpfe dahinter: Etwa Ken Jebsen, der wegen antisemitischer Ausfälle bei einem Berliner Radiosender seinen Job verlor, Jürgen Elsässer, Herausgeber des neurechten "Compact-Magazins", der gern gegen Schwule und Minderheiten hetzt und weitere Akteure, die sich im Umfeld von rechter Esoterik und Verschwörungstheorien bewegen. Auffällig an der neuen "Querfront" ist ihr aggressives Auftreten gegenüber Kritikern und ihre ebenso aggressive Mobilisierung im Internet. Tatsächlich dürfte die "Bewegung" jedoch lediglich aus ein paar Hundert Aktivisten bestehen. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Soziale Spaltung:

Groko "erschreckend passiv"

Die soziale Spaltung in Deutschland wächst immer weiter. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Paritätische Wohlfahrtsverband in Berlin vorgestellt hat. Immer weniger Menschen haben demnach am wachsenden Wohlstand teil, die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer. Die Analyse ausgewählter Kennziffern ergebe, dass der soziale Zusammenhalt in Deutschland akut gefährdet sei. Der Verband forderte die Bundesregierung auf, das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu stoppen. Notwendig seien ein sozialpolitischer Kurswechsel und eine andere Steuerpolitik. → [Weiter...](#)

Bildungspolitik:

6100 Schulen geschlossen

Im zurückliegenden Wahlkampf hatten Kanzlerin Merkel und Bildungsministerin Wanka beim Thema Bildung gerne eine beeindruckende Zahl genannt: Zusätzliche 6 Milliarden wolle der Bund in den Bereichen Bildung und Forschung bereitstellen, hieß es. Nun ist angeblich unklar, wie das Geld genau verwendet werden soll: Als zusätzliche Finanzspritze für den klammen Bildungssektor oder als Entlastung für die noch klammeren Kommunen. Unterdessen verkündete das Statistische Bundesamt, dass allein in den vergangenen zehn Jahren rund 6100 Schulen geschlossen wurde – nicht allein der sinkenden Schülerzahlen wegen. Denn zeitgleich zum Rückgang der Schülerzahl entscheiden

sich auch immer mehr Eltern, ihre Kinder auf kostenpflichtige freie Schulen zu schicken. Allein die Zahl der Waldorfschulen sei in den vergangenen zehn Jahren um 22 Prozent gewachsen, so die Statistiker. Verlierer sind demnach vor allem die Hauptschulen, deren Anzahl um satte 37 Prozent sank. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Flüchtlingsproteste:

Berliner Refugee-Camp geräumt

Über eineinhalb Jahre hatten die Flüchtlinge auf dem Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg ausgeharrt, Mitte April wurde das Camp nun geräumt. Zuvor hatten monatelange Verhandlungen zwischen der Berliner Senatorin für Integration, Dilek Kolat (SPD), und einem Teil der Flüchtlinge stattgefunden. Am Ende stand eine Einigung, nach der die Flüchtlinge das öffentliche Lager gegen einen Platz in einem Hostel und eine Einzelfallprüfung tauschen konnten. Kritikern zufolge hatte der Berliner Senat sein wichtigstes Ziel damit erreicht: Den Zusammenhalt der Flüchtlinge zu spalten. Tatsächlich hatte nur ein Teil der Flüchtlinge, die so genannte "Lampedusa-Gruppe" einer Einigung mit dem Senat zugestimmt, der Rest war einfach übergangen worden. Ungeachtet dessen gehen die Proteste gegen die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland und Europa auch in den vergangenen Wochen weiter, etwa mit einem "Refugee March" von Straßburg der Brüssel, der Stadt, in der die Flüchtlingspolitik der EU verantwortet wird. → [Weiter...](#)

Wirtschafts-"Wissenschaft":

Studierende fordern neue Inhalte

Die Wirtschaftswissenschaften haben in jüngster Zeit viel Kritik einstecken müssen: Wer Krisen historischen Ausmaßes wie die Banken-, Schulden- und Eurokrise seit 2008 nicht habe vorhersagen können, dem sei das wissenschaftliche Fundament abzuspochen, hieß es. Tatsächlich dominiert die neoklassische Wirtschaftslehre, die meist von rein abstrakten Annahmen ausgeht und empirische Tatsachenforschung außen vor lässt, bis heute die Mehrzahl der Hochschulen weltweit. Gegen diese neoliberale Dominanz an Universitäten und Managerschulen wendet sich nun eine internationale Initiative von Studenten, die mehr Pluralismus in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre einfordern. Ziel sei eine "offene, vielfältige und plurale Volkswirtschaftslehre", heißt es in einer Erklärung, die Anfang Mai im Internet verbreitet wurde. Darin wird "fehlende intellektuelle Vielfalt" beklagt und ein "realistischer Blick auf die Welt" gefordert. Anders sei man für die Herausforderungen der Zukunft nicht gewappnet.

→ [Weiter...](#)

045

Info-Teaser für Aktive



Gewerkschaft international: IG Metall unterstützt Kollegen in Alabama

In einer immer stärker global aufgestellten Wirtschaft erscheint es immer schwieriger, der geballten Macht transnationaler Konzerne auf nationaler Ebene etwas entgegenzusetzen. Seit vielen Jahren arbeiten Gewerkschaften in aller Welt daher daran, auch die organisierte Arbeitnehmerschaft weltweit stärker zu vernetzen. Ein erfolgreiches Beispiel ist etwa die Zusammenarbeit zwischen der IG Metall und der amerikanischen "Union of Automobile Workers" (UAW), der Gewerkschaft der US-Automobilindustrie: Gemeinsam mit der IG Metall es gelungen, Mercedes-Benz die Stirn zu bieten und zu verhindern, dass das Unternehmen einzelne Werke gegeneinander ausspielt. So erhalten die Arbeiter im Werk in Tuscaloosa, Alabama nun die gleichen Bedingungen, die in den deutschen Werken gewährt werden. "Es ist in Ordnung, wenn Mercedes-Benz in den USA Autos baut – aber es ist nicht in Ordnung, wenn dort nicht die gleichen Leistungen gewährt werden", so Betriebsrätin Denise Rumpeltes, die maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt war. → [Weiter...](#)

Junges Leben

Pikettys "Capital": "Ein Buch könnte die Welt verändern"

Viele haben es schon immer geahnt, andere haben viel darüber geschrieben – aber bislang fehlten die harten empirischen Beweise: In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem werden die Reichen immer reicher, während es für die Mehrheit immer enger wird, für die Armen genauso wie für die Mittelschicht. Diese Tatsache ist nun durch einen französischen Ökonomen erstmals unwiderlegbar bewiesen worden. Thomas Pikettys Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" ist ein Wälzer von knapp 700 Seiten, in dem in mühsamer Kleinarbeit nachgewiesen wird, dass soziale Ungerechtigkeit im Kapitalismus in den letzten 300 Jahren im System selbst begründet ist und über Generationen nicht nur weiter gegeben sondern verstärkt wird. US-Präsident Barack Obama, Papst Franziskus, Nobelpreisträger Paul Krugman und IWF-Chefin Christine Lagarde haben das Buch bereits gelesen. → [Weiter...](#)

Kunstaktion: 55.000 syrische Kinder dürfen fliehen

Schon mal was von der "Kindertransporthilfe des Bundes" gehört? Die dazugehörige Internetseite sieht auf den ersten

Blick aus wie eine reguläre Seite der Bundesregierung, tatsächlich handelt es sich aber um eine Kunstaktion des "Zentrums für politische Schönheit", die nicht nur auf die humanitäre Katastrophe in Syrien und die völlige Tatenlosigkeit der Bundesregierung hinweist, sondern dem aktuellen Geschehen einen historischen Bezugsrahmen gibt. So treten Berliner Juden, die den Holocaust dank einer britischen Rettungsaktion für jüdische Kinder in Deutschland überlebten, als Fürsprecher des Projektes auf. Die Künstler haben nach eigener Aussage bereits über 55.000 Familien in Deutschland gefunden, die nach historischem Vorbild der britischen Rettungsaktion bereit wären, syrische Kinder mindestens für die Zeit des Krieges aufzunehmen. Die Bundesregierung steht dem Projekt unterdessen ablehnend gegenüber. → [Weiter...](#)

Projekt "Streets of Berlin": "Schau der Straße ins Gesicht"

Obdachlosigkeit ist ein Problem, vor dem nicht nur politisch Verantwortliche gerne die Augen verschließen. Auch der durchschnittliche Bürger hat an einem durchschnittlichen Tag keine Lust, sich mit den Schicksalen zu beschäftigen, die hinter den Elendsgestalten in den Fußgängerzonen stehen. Der Berliner Student Omid Mirnour hat es sich mit seinem Videoprojekt "Streets of Berlin" zur Aufgabe gemacht, dies zumindest ein wenig zu ändern. Seit einem knappen Jahr zieht er durch die Straßen der Hauptstadt und bittet Obdachlose um ein Interview. Das Ergebnis sind sensible Kurzfilme, die die Obdachlosen als Menschen zeigen und zugleich verdeutlichen, wie schnell das Schicksal zuweilen zuschlagen kann. Häufig sind es private Probleme, fast immer spielen Alkohol und Drogen eine Rolle, viele haben schon in ihrer Kindheit mit Gewalt und Ausgrenzung zu kämpfen gehabt. Unterstützung erfahren sie keine, die Gesellschaft beschränkt sich darauf, das gröbste Elend ein wenig zu mindern. → [Weiter...](#)

Am Ende

Nazis raus – aus Mallorca

Das Leben kann echt ungerecht sein: Da wollte Holger A., ein sympathischer Neonazi aus dem schönen Sachsen, seine geliebte Heimat hinter sich lassen, weil er sich vor seinen eigenen Ex-Kameraden nicht mehr sicher fühlte. Also ging er wie Millionen Volksgenossen nach Mallorca, um dort eine nette kleine Neonazi-Kneipe aufzumachen. Und dann? Kommen ein paar spanische Rechte, schlagen den armen Holger zusammen und wünschen ihm gute Heimreise. So vermeldet es zumindest die Nachrichtenseite → ["der Postillon"](#)